

140 neue Abonnenten in Biegnitz,

das ist das Resultat einer Agitationstour, die elf Breslauer Parteigenossen am Sonntag nach dort unternahmen. 140 neue Abonnenten durch ortsfremde Parteigenossen gewonnen, das ist ein so günstiges Ergebnis, daß die Biegnitzer Parteifreunde heute schreiben:

Alle Hochachtung vor den Breslaner Genossen!

Die Biegnitzer Parteigenossen, die sich zur Hilfe eingefunden hatten, haben gelernt, wie die Hausagitation getrieben werden muß. Hoffentlich nehmen sie daraus den Anlaß, das Experiment öfter zu wiederholen und noch verschiedene hundert Abonnenten in Biegnitz zu gewinnen. Auch andere Orte sollten daran lernen. Es besteht für die „Volkswacht“ noch ein weites Feld der Ausbreitung. Aber es geht überall vorwärts. So wurden am gestrigen Sonntag

in Deutsch-Lissa 40 Leser

neu gewonnen. Ein hübscher Fortschritt! Auch in Breslau waren einige Genossen fleißig an der Arbeit. Insgesamt wurden

in Breslau 324

neue „Volkswacht“-Leser erzielt. Ein schönes Resultat! Mögen die Genossen in ihrem Eifer nicht erlahmen!

Abgeordneter Eduard Bernstein

wird heute Abend im Sozialdemokratischen Verein im großen Saale des Gewerkschaftshauses über den politischen Massenstreik referieren. Er wird dabei insbesondere auch Gelegenheit nehmen, auf die Angriffe, die Bömelburg in Köln ihm gegenüber für angebracht fand (siehe den Bericht über den Gewerkschaftskongreß), eingehend zu antworten. Genosse Bernstein erklärt nämlich im „Vorwärts“ folgende Erklärung.

Auf dem Gewerkschaftskongreß sagte, laut Bericht des „Vorwärts“, bei Veratung der Frage des politischen Massenstreiks der Referent Genosse Bömelburg:

„Zum Weiterleben bedürfen wir der Ruhe. Aber da legen sich die Literaten hin und schreiben und schreiben. Der Ede Referent weiß einmal nicht, wie weit er nach rechts gehen soll und dann spielt er sich plötzlich wieder auf den Radikalen hinaus.“

Sofort in dieser Bemerkung der Vorwurf eines Spiels mit Ansichten liegen soll, muß ich sie entschieden zurückweisen. Ich habe die Anschauung, daß und warum der Streik als politisches Kampfmittel unter bestimmten Umständen notwendig und auch erfolgreich sein kann, vor elf Jahren in der „Neuen Zeit“ entwickelt — vergleiche den Jahrgang XI, I, S. 689 ff. — und seitdem unausgesetzt vertreten. Meine „revisionistischen“ Theorien konnten an dieser Anschauung gar nichts ändern, sie im Gegenteil nur bekräftigen. Ich will mich nicht über darüber auslassen, da ich auf Wunsch der Breslauer Parteigenossen schon Montag Abend in Breslau in einer Versammlung über den Gegenstand referieren und es mir zur Aufgabe machen werde, dort eingehend das für und Wider dieser wichtigen Frage zu erörtern. Ich bejaue sehr wohl, daß unsere Gewerkschaftsführer, je mehr sie sich der Verantwortlichkeiten ihrer Stellung bewußt sind, auch um so stärker das Bedürfnis empfinden, der Propagierung der Idee des Generalstreiks als Universalmittel in den Gewerkschaften entgegenzuwirken, denn ich bin mit ihnen der Ansicht, daß nichts der Entwicklung der Gewerkschaften schädlicher sein würde, als wenn sie sich verleiten ließen, ihre Taktik einseitig durch den Generalstreik anzuspitzen oder auch nur die Meinung aufkommen lassen, als sei derselbe eine nach Belieben ins Werk zu setzende Maßregel. Aber alles hat seine Grenzen. Es gibt im Völkerverleben Momente, wo höher allgemeine Rücksichten auch die Ansticht zu Mitteln auf die Tagesordnung setzen, die in normalen Verhältnissen als ungeeignet befanden werden.

Im übrigen sei noch bemerkt, daß ich keineswegs nur „Literat“ bin, sondern nach Möglichkeit an der praktischen Arbeiterbewegung mitarbeite. Das sollte auch Bömelburg wissen.

Breslau, den 27. Mai 1906.

Ed. Bernstein.

Das letztere können die Breslauer Genossen zweifellos bestätigen. Wo nur ein Ruf an ihn erging, ist Genosse Bernstein bereitwilligst gekommen und hat zur Aufklärung und Schulung der Breslauer Arbeiter das Seinige beigetragen. Unter solchen Umständen haben die Breslauer Genossen allen Anlaß, den Schulmeister ton für überflüssig zu erklären, der aus den Worten Bömelburgs spricht. Die Genossen werden gebeten, die heutige Versammlung zu einer imposanten zu gestalten.

Der Streik der Maler und Anstreicher

ist in der gestrigen Versammlung beschlossen worden. Der Saal war gedrängt voll. Sowie Maler waren noch nie versammelt. Der Hinweis in der Mittwoch-Versammlung, daß kein Mann fehlen darf, wenn es erst um die Fehlung seiner wirtschaftlichen Lage sei, hatte gewirkt. Der Vorsitzende, Kollege Adam, machte die Kollegen auf den Ernst der Situation aufmerksam. Heute geife es nun die Frage, ob die Kollegen ihre Forderungen durch einen Streik durchsetzen wollen oder nicht. Vom Hauptvorstand des Verbandes war Kollege Krüger in der Versammlung anwesend. Adam teilte zuvörderst mit, daß die Forderungen an die Innung noch am Versammlungsabend, am Mittwoch, eingeliefert wurden und darauf ein Schreiben eingelaufen ist folgenden Inhalts:

„Inschluß ist der Vorstand durch Beschluß der Innungsversammlung von 18. Juni 1904 an den damals seitens der Innung beschlossenen und mit Ihren damaligen Vertretern durchberateten Lohnvertrag auf drei Jahre bis 1. September 1907 gebunden. Da Sie die bestehenden Innungseinrichtungen, Innungsamt und Gesellenauschuss bei Uebermittlung Ihres heutigen Lohnvertrags an die Innung nicht bezeugen, ist es ausgeschlossen, daß der Vorstand mit Ihrer jetzigen Kommission über diese Sache verhandeln kann. Um Ihnen jedoch keine wohlwollende Gesinnung zu dieser Frage zum Ausdruck zu bringen, ist beschlossen worden, eine außerordentliche Innungsversammlung am 31. Mai einzuberufen, in welcher die Forderungen zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollen. Der Beschluß wird Ihnen postwendend zugestellt werden und stellen wir es Ihnen anheim, denselben abzuwarten.“

Unser haimatlich festgelegter Einladungsmodus läßt es nicht zu, die Einberufung der Versammlung noch weiter zu beschleunigen.

Dem schlechtesten Eindruck macht der schwächliche Umfall des Zentrums. Gestern noch auf hohen Rossen; vor acht Tagen noch verächtliche Herr Krumborn in den höchsten Ehren, das jetzt Verfallener der Regierungsvorlage diese für das Zentrum unannehmbar machte; und gestern erklärte Herr Spahn mit Salzburg, man werde sich „schweren Bergens“ zu dem Kompromiß verbeugen! Eine ärgere Komödie konnte den Arbeitern nicht vorgespielt werden, als dies vom „sozialen“ Zentrum geschehen ist. Die katholischen Bergmänner sehen nun einmal, daß sie zwar als Mitglieder von ultramontanen Abgeordneten sehr beliebt sind, daß sie sich aber in allen anderen Dingen seitens der von ihnen vertretenen mit platonischen Versicherungen begnügen müssen. Wäre das Zentrum fest geblieben, so wäre die Vorlage gefallen, und die Regierung wäre gezwungen worden. Farbe zu bekennen und an den Reichstag zu gehen, falls es ihr ernst mit einer durchgreifenden Verbesserung der Bergarbeiterverhältnisse war. Die Regierung und die „regierende“ Partei hätten es in der Hand gehabt, hier eine soziale Tat zu vollbringen. Sie gaben den Arbeitern Steine statt Brot. Die Antwort bei den Reichstagswahlen wird nicht ausbleiben.“

Demgegenüber sehe man sich die deutschen Ministerstellen an!

Charakteristische Minister. Das gemeinsame Abschießgeschick, das die Minister der norwegischen Regierung dem König überreicht haben, lautet:

„Falls Eure Majestät nicht geneigt sein sollten, dem Ansuchen der norwegischen Regierung um Genehmigung des vom Storting angenommenen Gesetzes betreffend das norwegische Konsulatswesen zuzustimmen, erlauben wir uns, untertänigst zu beantragen, daß wir sofort von unseren Ministern als Mitglieder des Rates Eurer Majestät entbunden werden, da keiner von uns den Beschluß gegenzeichnen will, welchen wir offenkundig als schädlich für das Reich ansehen. Die Zurückweisung des von der Regierung einstimmig beschlossenen Ansuchens betreffend das norwegische Gesetz, welches vom Storting einstimmig angenommen wurde und dessen Durchführung das ganze norwegische Volk fordert, kann nach unserer Ansicht nicht mit den Interessen Norwegens begründet werden, sie würde vielmehr eine Verletzung der Souveränität des Reiches in sich schließen und der Ausübung einer persönlichen Königsgewalt sein, die dem Grundgesetz und der konstitutionellen Praxis widerspricht.“

Partei-Angelegenheiten.

Der Parteitag in Jena wird nach einer im sozialdemokratischen Verein in Jena gemachten Mitteilung in der Woche vom 17. bis 24. September stattfinden.

Eine große Wahlrechts-Demonstration fand vergangenes Sonntag in Prag statt. In zehn städtischen Volks-Versammlungen sprachen die Genossen Schüller, Kautenkanz, Dr. Schmechel, Zababill, Sorecun, Job, Mladrcek, Dunska, Durel und Tekla über den Plan der Regierung, das Wahlrecht zu reformieren. Nicht doch dieser Plan nach berücksichtigten Wünschen darauf hinaus, dem böhmischen Proletariat das Wahlrecht zu Gunsten der bestehenden Klasse noch mehr als bisher zu verkleinern. In allen zehn Versammlungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht für den böhmischen Landtag fordert.

Nach Schluß der Versammlungen zogen 10.000 Arbeiter in geschlossenem Zuge durch die Innenstadt und demonstrierten durch laute Rufe für ihre Forderung. Vor den Häusern der geistlichen Kollegien und vor dem Adelstafel wurden Kundgebungen und Rufenmuffen gegen die Arbeiterfeinde improvisiert.

Die Polizei verhielt sich ruhig, doch einige benische Gendarmen nahmen sich so unverkündet und provokatorisch, daß ihnen eine heftige Tracht Prügel gebührt hätte. Sie haben es nur der bewundernswerten Disziplin und Selbstbeherrschung der Demonstranten zu danken, daß sie für ihr regelhaftes Benehmen nicht auf der Stelle in entsprechender Weise geächtet wurden.

Wenn die Regierung ihren „Reform“-Plan nicht zurückzieht, dürfte es leicht zu schweren Verwickelungen und Zusammenstößen kommen.

Arbeiterbewegung.

Anspruch an die Arbeiterbewegung Deutschlands!

Wiederum haben die Unternehmer es gewagt, ein gesetzlich anerkanntes Recht der Arbeiter anzuzweifeln! Kann ich der Arbeiterbewegung in Deutschland anraten, so muß es eine Stimme von unten sein, von der Arbeiterbewegung zu verlangen, ihre höchste Stütze, ihren Verband preiszugeben! Am 23. Mai er haben 25 Deutsche Zigarettenfabrikanten beschlossen, von den Arbeiterinnen zu verlangen, entweder dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband den Rücken zu kehren, oder die Arbeit aufzugeben! Weil die Zigarettenarbeiterinnen verstoßen haben, ihre erbärmlichen Löhne aufzugeben, haben die Zigarettenfabrikanten beschlossen, die Organisation zu gerichtlichem! Am 27. Mai werden 4000 Zigarettenarbeiterinnen um ihr Koalitionsrecht kämpfen, in der bestimmten Erwartung, daß die gesamte deutsche Arbeiterbewegung sie nach besten Kräften unterstützen wird, um so den gemeinen Anschlag einer übermühtigen Unternehmerrique abzuwehren! Überall hin haben diese Herren ihre Agenten geschickt, um arbeitswillige Frauen und Mädchen zu veranlassen, den kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen in den Rücken zu fallen!

Ist Euch Gewerkschafts- und Parteigenossen, wenden wir uns, daß Ihr Eure Frauen und Mädchen aufstellt! Sorgt dafür, daß keine Streikarbeit gemacht wird! Weidet den Bezug nach Dresden!

Die Volkskommission:

Richard Hübig, Dresden-L., Rügenbergstraße (Sollhaus II), Das Gewerkschaftsblatt für Dresden und Umgegend.

Zur Ausberrung im Schneidergewerbe. Mehr und mehr zeigt es sich, daß die Schärnwärmer im Schneidergewerbe mit ihrer Willkürherrschaft keinen Erfolg haben. Nicht nur weigern sich zahlreiche Firmen, dem Ausberrungsbeschlusse Folge zu leisten, es zeigen sogar viele aus dem Schärnwärmerverband aus. In Dresden haben sich u. a. B. zehn namhafte Firmen den Rücken gekehrt. Unter solchen Umständen kann natürlich von einer Vernichtung der Gehilfenorganisation u. nicht im entferntesten die Rede sein. Zur Gegenseite! Die Herren Schärnwärmer sollen dem wohlbedienten Spott anheim. In Passau wurde am Donnerstag, in allen Geschäften, die auf Unterzeichnung des Meeres befanden, die Arbeit eingestellt. Nach den vorläufigen Feststellungen sind 346 Streikende eingetragenen. Davon sind 327 organisiert. — In Kassel haben die möglichen Arbeiter, da sie mit ihren Gehältern einen bis zum Jahre 1908 gültigen Lohnvertrag abgeschlossen haben. Kontraktbruch begangen und 90 bis 100 Gehältern in 10 Geschäften angebrochen. — In Stuttgart sind 150 Gehältern ausbezahlt resp. im Streik. — In Mainz und Straßburg dauert der Streik fort, desgleichen in Gießen. Mit den Landen Hamburger Arbeitgeberinnen und denen Münchens, Frankfurt a. M., Nürnberg und der Kaiserin Ditschken mag sich die Gesamtzahl der Streikenden und Ausberrerten bis jetzt auf etwa mehr als 4000 belaufen.

Eine Versammlung der Maurer und Zimmerer in Lübeck beschloß, eine Lohnerböhung von 57 auf 62 Pfennig zu fordern. Für den Fall, daß die Erfüllung dieser Forderung verweigert wird, soll am nächsten Mittwoch in den Ausstand getreten werden.

Eine von 2000 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung in Solingen beschloß den Generalstreik aller bei der Stahlwerkfirma Hammerfabrik beschäftigten Arbeiter wegen Lohn- und Tarifverhältnissen.

Wegen der im Metallgewerbe in Reibitz entstandenen Differenzen entließ die Firma Schulte 250 Arbeiter. Die Zahl der ausgeberrerten Arbeiter beträgt 1500.

Der Streik der Bauhandwerker in Joppat ist beendet, nachdem diese von den Königsbergern vorgeschlagenen Lohnvertrag angenommen haben. Es wurde beschlossen, die Arbeit mit Beginn nächster Woche wieder aufzunehmen.

Massen-Ausberrung. Der Verband der Industriellen in München kündigt durch Anschlag in sämtlichen Münchener Maschinenfabriken an, daß, wenn bis zum 2. Juni der Streik bei den Firmen Pläntz und Rathgeber nicht beendet ist, eine allgemeine Ausberrung der Arbeiter in den Münchener Maschinenbetrieben vorgenommen wird. Sollten auch dann die Arbeiter nicht zu Krone treten, sollte die Ausberrung nötigenfalls auf ganz Bayern ausgedehnt werden.

Dem schlechtesten Eindruck macht der schwächliche Umfall des Zentrums. Gestern noch auf hohen Rossen; vor acht Tagen noch verächtliche Herr Krumborn in den höchsten Ehren, das jetzt Verfallener der Regierungsvorlage diese für das Zentrum unannehmbar machte; und gestern erklärte Herr Spahn mit Salzburg, man werde sich „schweren Bergens“ zu dem Kompromiß verbeugen! Eine ärgere Komödie konnte den Arbeitern nicht vorgespielt werden, als dies vom „sozialen“ Zentrum geschehen ist. Die katholischen Bergmänner sehen nun einmal, daß sie zwar als Mitglieder von ultramontanen Abgeordneten sehr beliebt sind, daß sie sich aber in allen anderen Dingen seitens der von ihnen vertretenen mit platonischen Versicherungen begnügen müssen. Wäre das Zentrum fest geblieben, so wäre die Vorlage gefallen, und die Regierung wäre gezwungen worden. Farbe zu bekennen und an den Reichstag zu gehen, falls es ihr ernst mit einer durchgreifenden Verbesserung der Bergarbeiterverhältnisse war. Die Regierung und die „regierende“ Partei hätten es in der Hand gehabt, hier eine soziale Tat zu vollbringen. Sie gaben den Arbeitern Steine statt Brot. Die Antwort bei den Reichstagswahlen wird nicht ausbleiben.“

Denselben Gedanken kleidet unser Dresdener Parteiblatt, die „Sächs. Arbeiterzeitung“ in folgende Worte:

„Sie ist wirklich fertig geworden, obgleich die zweite Lesung im preussischen Reichstagen ihre sämtlichen Glieder und alle edleren Teile genommen hatte. Sie ist fertig geworden, obgleich das Zentrum noch einige Tage vorher erklärt hatte, daß es ablehnen werde, wenn die Regierungsvorlage verschlechtert werde. Sie ist fertig geworden, obgleich die Regierungsvorlage arg verfaßelt worden ist; sie ist fertig geworden, obgleich das Zentrum einige Tage vorher den Entwurf eines Bergarbeitergesetzes im Reichstage eingebracht hatte, fertig geworden, obgleich das Zentrum am Donnerstag noch die sofortige Veratung dieses Antrages mit Forderungen forderte. Trotz alledem!“

Das Zentrum hat ein Meisterstück politischer Charakterlosigkeit geliefert. Ein Meisterstück demagogischer Spiegelreflexion, anslanend in einen schimpflichen Verrat der Arbeiter. Die Verehrten sind die Betrogenen.

Die große Aktion ist zu Ende. Auf der Strecke blieb der Bergarbeiterklub. Gemonnen ist neue Erkenntnis vom Wesen des Klassenstaats und der bürgerlichen Parteien: Mögen die Arbeiter sie nutzbar machen. Auch aus dem Unheil soll uns Nutzen erblauen!“

Nur die Zentrumblätter versuchen, den Proletariern blauen Dunst vorzumachen. Darauf kommen wir noch zurück.

Ein düsteres „Kulturbild“ veröffentlicht die „Badisch-pfälzische Volkszeitung“, das Organ der Pilsch-Dunderschen Gewerkvereine in Baden, Hessen, Württemberg, Elsaß-Lothringen und der Pfalz. Aus einem kleinen Ort in Baden wird dem Blatte mitgeteilt, der dortige Kaplan habe einem Schüler wegen einer geringen Verschlingung erst sechs schwere Streiche, sogenannte Tapan, auf die Hände gegeben und ihn dann in die Totenkammer sperren lassen. Wörtlich heißt es in dem Bericht:

Nachmittags 3 Uhr erschien in der Schule der Polizeidiener des Ortes auf Veranlassung des Kaplans, um den kleinen Spieß zu holen. Der Knabe sollte in den Otkarrest (sogenannte Armenkammer), der seit jeher als Totenkammer für Aufbewahrung der Leichen von Selbstmördern dient, eingesperrt werden. Der vor Angst in Schweiß gebadete Knabe wehrte sich, was er konnte.

Der Herr-Kaplan aber ergreift kein menschliches Mitleid, er riß den stützenden Knaben aus der Pant und warf ihn mit Gewalt zu Boden. Dann packte der Polizeidiener den armen Kleinen und schleubte ihn in die Totenkammer. In diesem unheimlichen Raum war das Kind von Nachmittags 3 Uhr bis Abends 7 Uhr eingeschlossen. Man stelle sich die Leiden des Knaben in der finsternen Kammer vor! Das Kind wurde von einem zum andern grimmig wütend. Als das Kind Abends nach 7 Uhr nach Hause kam, war es außerordentlich schwer erkrankt. Die Eltern glaubten, mit warmen Umschlägen das Kind wiederherstellen zu können, haben aber bald ein, daß sie ärztlichen Beistand nehmen mußten. Am 24. Januar kam der Arzt, der logisch Mexorhoch bei dem Knaben feststellte. Außerdem waren die Füße erfroren.

Und was ist daraufhin geschehen? Bis jetzt hat nur der Bischof von Mainz gesprochen: er hat den hochwürdigen Kaplan verurteilt. — Sonst nichts!

Ein „Provokationsplatz“. Der Künstlerbund ladet zu seiner Berliner Kunstausstellung durch ein Plakat ein, auf dem eine schlichte Frau am Nimmlein Blumen pflückt, während oben gespreizt eine hohlköpfige Madame stotiert, die in einem propägen, im Siegesallee-Stil geformten Topf ein bejammernswürdig cientes Gewächs trägt.

Der „Reichsbote“ denunziert dieses harmlos vergnügliche Plakat getraubten Haars:

Dieses Provokationsplakat gegen den Kaiser steht nun den ganzen Sommer über lässig an allen Anschlagtafeln und in allen Pflanzhöfen. Das ist doch ein Skandal, wie ihn noch niemand sich erlaubt hat und man muß sich wundern, daß die Polizei das unbeanstandet gelassen läßt. Wahrscheinlich hat sie aber bisher nicht gewußt, was das Plakat bedeutet.“

Da wird nichts anderes übrig bleiben, als dem Polizeipräsidenten schleunigst den Prozeß wegen Majestätsbeleidigung zu machen, denn er hat dies Plakat erlaubt.

Im Abgeordnetenhause wurde gestern die Vergessens-Novelle, welche sich gegen das Stilllegen von Rechenwendel in zweiter Lesung erhebt. Große Meinungsverschiedenheiten traten in der Erörterung nicht zu Tage. Abgesehen von einem Teile der Nationalliberalen waren alle Parteien mit der Lesung der Vorlage einverstanden.

Die reaktionäre Waffe. Es wird angenommen, daß sämtliche anti-sozialistischen Parteien im Reichstags-Abteilungs-Gesamten durch sofort den freisinnigen Parbed, wie seiner Zeit bei der Stichwahl, als Kandidaten aufstellen. — Sie sind aneinander würdig!

Asien.

Der Belagerungsstand in Marikan. In der polnischen Hauptstadt wird jetzt ein Versuch zur Wiederherstellung der Ruhe auf militärischem Wege gemacht. Ein Telegramm meldet: Infolge der hier vorgelagerten Hindernisse ist die Zahl der Partisanen stark vermehrt worden. Vier Regimenter sind angekomme. Die Presse spricht sich über die völlige Untüchtigkeit der Polizei in Ansehung der polnischen Wäse aus.

Der Generalgouverneur macht durch öffentlichen Anschlag bekannt, daß die Herstellung der Ruhe in der Stadt dem Militär übertragen ist und die Ausschüßter hierüber nicht befragt werden.

Die Ermordung der Warschauer Freunde schändlich dauerte die ganze Nacht am Sonnabend an. Der Verurteilte haben sich auch stürmische Arbeiter angegeschlossen. In der Wipolnstraße wurde ein Galan, der dort ein Mädchen unterhielt, aus dem Fenster des ersten Stockes hinausgeworfen. Seit Freitag Nachmittags 4 Uhr durchziehen starke Infanterie- und Kavalleriepatrouillen die Straßen. Bis Abends 10 Uhr wurden 19 weitere Personen verhaftet, von denen 15 durch Stichwunden, 4 durch Schußwunden Verletzungen erlitten. Im Städtigen Kreis-Hospital sind drei Verwundete gestorben. Insgesamt wurden ungefähr 150 Personen verhaftet. Die Exzentriker

Darauf ergriff Krüger das Wort, um den Kollegen nochmals den Ernst der Situation vor Augen zu führen und ihnen klarzulegen, welchen schweren Schritt sie gehen wollen.

Hier rief er ihnen zu, sei nicht die Notwendigkeit der Durchführung besserer Arbeitsbedingungen das Ausschlaggebende, sondern einzig und allein die Frage zu beantworten, ob es unter den gegebenen Verhältnissen möglich sei, den Lohnkampf hierdurch durchzuführen, ob die Kollegen sich nicht genug fähig, ob sie sich nicht genug fähig seien, alles das auf sich zu nehmen, was den Arbeitern ein Streik auferlegt. War leicht sei es, einen Streik zu proklamieren, da herrscht Begeisterung, ob aber diese Begeisterung sich anhält, das sei die Frage. Darum sollten die Kollegen sich ernsthaft prüfen, ehe sie den Schritt wagen. Die ersten Worte Krügers fanden keinen Widerstand, alle Redner, und deren Zahl war nicht klein, traten, bis auf einen, für die sofortige Proklamierung des Streiks ein. Krüger mußte sich bittere Worte anhören. Es geht für die Breslauer Arbeiter kein Schritt mehr. Die Meister wollen die Sache nur verschleppen, das sollte ihnen nicht gelingen.

Endlich kam es zur gehehmen Abstimmung. Mit allen gegen 79 Stimmen erklärte sich die Versammlung für die sofortige Niederlegung der Arbeit. Der Streik wurde proklamiert. Krüger gab den Kollegen Verhaltensvorschriften, vor allem sollen sie sich hüten vor unbedachten Worten Arbeitswilligen gegenüber, denn die Strafgerichte wälen ihres Amtes. Das Streikbureau befindet sich im Gewerkschaftshaus, wo die Streikenden sich zur Kontrolle einzufinden haben. Alle ledigen Gefellen haben die Pflicht, Breslau zu verlassen, um den Kampf zu erleichtern.

*** Zum Sozialstreik.** Die Situation der Arbeiter ist als durchaus günstig zu bezeichnen. Es hat sich gezeigt, daß nicht alle Meister auf dem ablehnenden Standpunkt der Annahme stehen. Bereits haben 15 Meister, bei denen 52 Gefellen beschäftigt sind, die Forderungen bewilligt, diese haben auch wieder die Arbeit aufgenommen. Ausständig sind noch 96 Gefellen, von denen 35 von Breslau abgereist sind. Die Aussichten für das Gelingen des Streiks sind also sehr gute.

*** Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht“-Träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundert sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lesart ausbleibt. Dann schelten sie wohl häufig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht“ nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug beim Kopierleur Mitteilung zu machen.

*** Bei der Besprechung in Selmerichs Lokal.** Groischen- gasse, ist am Dienstag ein Hut vertauscht worden. Verleumdeter Groischen wird hierdurch ersucht, denselben im obengenannten Lokal einzutauschen.

*** Feuer.** In der Wohnung eines Fleischermeisters Scheintinger- straße 16 gerieten am 26. d. Mts. ein Tisch, zwei Tischdecken und Wäsche in Brand. Das Feuer wurde ohne Hilfe der Feuerwehr gelöscht.

*** Vermißt** wird seit dem 25. d. Mts. die 75 Jahre alte Witwe Emilie Schöder, welche Posenerstraße 73 gewohnt hat. — Seit demselben Tage wird die 12 Jahre alte Schülerin Frieda Bartisch, Tochter eines Neuenhauserstraße 23 wohnenden Schlossers vermißt.

*** Verhaftet** wurde ein Buchhalter, der mittels gefälschter Wechselzettel betrügerische Verträge verfaßt hat.

*** Erfolgloser Einbruch.** In der Nacht zum 26. d. M. wurde ein Einbruch in ein Kontor auf der Teichstraße verübt. Der Einbrecher bearbeitete die Türschlösser mit einem Stemmeisen, mußte aber schließlich von weiteren Versuchen absehen, da die Tür innen mit Eisen beschlagen ist.

*** Gestürzt.** Am 26. d. M. kam eine Kaufmannsfrau auf der Scheinwärtstraße in Fall und brach das rechte Bein. Sie wurde in ihre Wohnung auf der Sternstraße geschafft.

*** Diebstähle.** Einer Dame wurde ein mit Perlen und kleinen Brillanten besetzter Schmuck im Werte von 300 Mk., einem Uhrmacher in Weißbleich bei Badenstraße aus dem Schrankfenster 22 Uhren im Werte von 200 Mk., einem Zimmermeister in der Thiergartenstraße ein Handwagen und einem Metzger ein schwarzes Rod- jacket gestohlen.

*** Polizeiliche Maßnahmen:** In das Polizeigefängnis wurden am 26. d. M. 36 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden ein Verlobungsring und eine goldene Damenuhr. — Ab- gehandelt kamen: zwei goldene Trauringe, eine silberne Remontoir- uhr, eine goldene Damenarmbrüstung, ein Hundertmarkschein und ein Portemonnaie mit 17 Mk. — Zugelassen sind ein Kavarienvogel und eine Pflaube.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Achtung Bauarbeiter!** Die Kollegen, die bisher im Lokal von Uberschär, Kospoststraße, ihre Beiträge entrichtet haben, werden ersucht, am Mittwoch Abend 7 Uhr im selben Lokal zu einer Besprechung zu erscheinen. Die Lokalverwaltung.

*** Die Sperrung auf dem Neubau der Unternehmer Kretschmer u. Schmale** an der Kaiserstraße besteht unverändert fort. Heute haben die Christlichen ihre Streikbrecher-Kolonnen geschickt, die die Sperrung unwirksam machen sollen. Jeder Maurer und Bauarbeiter, der den Zentralverbänden angehört, wird trotz dem dem Bau fernbleiben! Die Lokalverwaltungen.

*** Achtung Holzarbeiter!** Unter Chiffre N. 1314 werden im „Breslauer Generalanzeiger“ 30 nicht organisierte Tischler gesucht. Diese sucht die Firma D. F. Schulze in Prieschus (Kreis Sagan), woselbst 60 Tischler die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Wir ersuchen, dorthin nicht zu reisen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Des weiteren besteht noch die Sperrung über die Piano- fortefabrik von Walsmann, Fürstentorstraße 52 und der Bauwerkerei von Pohl u. Kobier, Lenaldstraße 18.

Für Parkettleger ist die Sperrung über die Firmen Bohlenz und Gebrüder Bauer, weil aussichtslos, hiermit aufgehoben. Die Lokalverwaltung.

Stellung, den 26. Mai. Die Bewegung der Bäcker- gesellen. Auf die von dem hiesigen Gewerkschafts- Vorstande der Bäcker- und Konditor- Innung am 23. Mai per Einschreibebrief folgende Antwort des Innungspräsidenten ein:

Breslau, den 19. Mai 1906. An den Vorsitzenden des Verbandes der Bäcker Deutschlands, Mitteldeutsche Bäckerei, Herrn Julius Biegan.

Antwortlich der einmündigen Forderungen ist der Gesamt- vorstand einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, sich in eine Verhandlung mit Ihnen in keiner Weise einzulassen, da fast sämtliche Paragrafen für die Verhältnisse unseres Handwerks in völlig unannehmbar sind.

Achtungsboll Der Vorstand der Bäcker-, Fleischer- und Konditor- Innung. Die am 25. Mai im „Felsenkeller“ tagende stark besuchte Ver- sammlung nahm, nachdem Kollege Biegan die Antwort der Innung be- kannt gegeben und die Situation geschildert, eine Resolution an, in der sie als zweckmäßigste Antwort die Arbeitsniederlegung bezeichnet. Um aber zu zeigen, daß die Bäcker- und Konditor- Innung nicht den Kampf um ihren Preis wollen, soll das Gewerbegebiet angeregt werden. Am Dinstagabend soll eine weitere Versammlung über weitere Schritte beschließen.

In der darauffolgenden sehr anregenden Debatte kamen haar- sträubende Schimpereien aus einzelnen Bäckereien zur Sprache und nachdem an die neueregetretenen Mitglieder die Mahnung gerichtet, nun auch auszuweichen im Kampfe um weiter mitzuarbeiten, damit solche Ausschreitungen, die das Glend der Bäcker- und Konditor- Innung zeigen, verschwinden, wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiter! Parteigenossen!

In diesen Tagen werden die ersten Steuerzettel von den Steuerboten ins Haus gebracht. Wir richten deshalb an Euch die dringende Mahnung, sofort zu reklamieren, wenn Ihr mit

weniger als 1.36 Mk. vierteljährlich

veranlagt seid. Wer mindestens 1.36 Mk. vierteljährlich Steuer zahlt, der besitzt das Wahlrecht zur Stadt- verordneten-Versammlung. Wer weniger oder gar nicht zahlt, der muß das Wahlrecht sofort erwerben, indem er mit dem ersten Steuerzettel sich ans Arbeiters- Sekretariat begibt, um die Reklamation anfertigen zu lassen.

Arbeiter! Parteigenossen! Wer im nächsten Jahre mitwählen will, der muß schon in diesem Jahre mindestens 1.36 Mk. Steuern zahlen!

Sichert Euch das Gemeindevahlrecht! Das Gewerkschaftsstatell. Der Sozialdemokratische Verein.

Neustadt OS, 27. Mai. Stadtverordneten-

Sitzung. Nach Einführung des zum Stadtverordneten gewählten Kaufmanns Ludwig Rupprecht wurde in die Beratung der noch 19 Punkte umfassenden Tagesordnung eingetreten und zunächst die Genehmigung zum Wiederaufbau einer seitens der Bauverwaltung bisher für banfällig erklärten, aber die Fluchtlinie hinausragende Mauer in der Feuersgasse erteilt. — Gegen die Anstellung des Hausbesizers Johann Streibel, des Schuhmachers Julius Weiner, des Schuhmachers Karl Wibe und des Militär-Invaliden August Buzinski als Feldhüter für die Zeit vom 15. Juli bis 15. Oktober hat die Versammlung nichts einzuwenden. — Bei den letzten Wahlen wurde es als ein Uebelstand empfunden, daß die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr durch die Herbeischaffung der Löschkraften verat erstöpft waren, daß dieselben zur eigentlichen Löschhilfe unfähig waren. Demgemäß wurde der Umtausch des bisherigen zweierdrigen in einen zu bespannenen vierdrigen Mannschafts- und Gerätemannschaft die hierzu erforderliche Anzahlung in Höhe von 375 Mk. bewilligt. — Der breitesten Raum der Verhandlungen nahm der letzte Punkt — Erbauung einer Volksschule an. In Anbetracht und was infolge von Interesse, als der erste Bürgermeister Wegner einen ausführlichen Kommissionsbericht gab, wonach derselbe von verschiedenen in Augenchein genommenen Volksschulbauplänen die in Durchführung befindliche als das für Neustadt geeignetste Projekt zu empfehlen sich bemühte. Nach den hiesigen Verhältnissen würde schätzungsweise die Verstellung der Volksschule mit dem besten Material mit allen dazu gehörigen praktischen Einrichtungen sich auf 160—170.000 Mk. belaufen, die Anlage eines neuen Wasserreservoirs würde 2.000 Mk. kosten, so daß von dem 200.000-Mark-Gesamt- noch etwas übrig bleibt werden würde. Die Betriebskosten würden sich bei Anstellung zweier Radensitzer zu ca. 1500 Mk. und freier Wohnung auf rund 13.000 Mark belaufen, wofür der für diesen Zweck ersparte Betrag von 29.000 Mark als Betriebs- fonds zu reservieren wäre. Alles in allem sei die Erbauung einer praktischen und schönen Volksschule ohne jegliche Verlastung der Steuerzahler zu empfehlen, da die Schwimm- hallenbäder die besten Ueberrückfälle zu ergeben versprechen, während Vorkaufhäuser — wie in Danneburg — bisher noch Zuschüsse erforderlich machten. Auch der Vorkaufende hat für die Verwirklichung des angeregten Projektes in längerer Ausführungen ein, während der Volksschuldirektor Hofel ein übriges zu tun vermeinte, als er einen fertigen Etat (Vor dem ersten Spatenschnitt, D. V.) über Ein- nahmen und Ausgaben vorgelegt wünscht, was beinahe zu einer Kontroverse zwischen diesem und dem ersten Bürgermeister geführt hätte. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die An- nahme des Projekts.

Schönau, 28. Mai. Gewerkschaftsstatell. Lange schon beschäftigt sich das hiesige Gewerkschaftsstatell mit der Grün- dung eines Konsumvereins. Zu diesem Zweck fand am Sonntag, den 21. Mai im Vangelischen Lokal eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Strahold-Berlin über die Konsumvereins- bewegung und den Nutzen referierte. Redner führte u. a. aus, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich das im Schwelche seines An- gesichts verdiente Geld auf alle mögliche Art und Weise zu Nutzen zu machen. Er führte ein Beispiel an, daß schon im Jahre 1813 einje Arbeiter in England es verstanden haben, ihre eigenen Kapitalisten, Fabrikanten und Kaufleute zu werden. Die Arbeiter am Orte sollten das auch tun und einen Konsumverein errichten. In diesem Schlusssatz ermahnte der Referent die Anwesenden, in Zukunft doch auch ihre Frauen zur Versammlung mitzubringen. Einige Anmeldungen in Sachen des Konsumvereins nimmt Bau- Freyer, Friedrichstraße 13, entgegen.

Werkstätten. Nach Krieg. Wir verstehen es, wenn Sie über das Aus- bleiben böse sind. Aber die betreffende Frau schon schon 20 Jahre und drin, ist Ihr Brief vom Sonntag doch übrig geblieben. Sie haben aber gesehen, daß die Kongress-, Prozesse, Parlamente u. uns allen Raum wegnahmen. Wädhens wirds besser. Gruß!
K. Streichen. Das Exparte muß selbstverständlich mit im Nachschickverzeichnis angegeben werden.
Zwei Wetten in Altwasser. Sie wollen wissen, was der Herr von Tietlich in Neu-Weißstein noch für eine Militär-Charge bekleidet? Wir pflegen uns um die Familiensachen eines Fabrik- besizers nicht zu kümmern und um keine Militärsachen schon gar nicht.

Hilfsbrandstrafe. Das letzte Heilmittel war in Breslau im Sommer 1903.
Die Feder, Rosen. Derartige phantastische Mitteilungen können wir nicht gebrauchen.

Ward Altwasser. Die Mitteilungen von dem Lehrer, der die Tage angehoben haben soll, scheinen uns nicht für die Zeitung geeignet.

Neueste Nachrichten.

Die Schlacht bei Tsushima.

Petersburg, 28. Mai. Der Korrespondent der Petersburger Telegraphenagentur in Tschifu brachte unter dem 28. Mai 12 Uhr 40 Minuten Nachts: Nach dem japanischen Konsulat zugegangenen Privatmeldungen begegnete ein großer Teil des Baltischen Geschwaders gestern Abend einem japanischen Geschwader in der Koreastraße und begann eine Schlacht.

Rom, 28. Mai. Der „Tribuna“ wird aus Tientsin, den 28. Mai um 5.30 Morgens gemeldet: Die Japaner hätten in der Tsushimastraße einen beträchtlichen Sieg über die Russen davongetragen; vier russische Schiffe seien gesunken, mehrere andere mehr oder minder beschädigt.

Der „Daily Telegraph“ meldet: Nach einem hier in der letzten Nacht an sehr hoher Stelle über die Seeschlacht eingegangenen Telegramm scheint Admiral Togo einen großen Sieg errungen zu haben.

„Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 29. Mai: Drei russische Torpedoboote wurden heute morgen bei Utsiwa auf Jesso gesehen. Gestern lag teilweise Nebel auf dem japanischen Meer, aber, wenn er sich gelegentlich hob, war prächtiger Sonnenschein, starker Wind und raube See. Die russischen Schiffe wurden zuerst morgens 6 Uhr gesehen, als sie sich der Insel Tsushima näherten.

Man glaubt, daß das Geschwader aus sechs Linien Schiffen erster Klasse bestand. Sie waren noch im Nebel, aber als sich der Nebel verzog, zogen sich die russischen Schiffe zurück. Nach einer eingegangenen Meldung waren noch mehr als 21 russische Schiffe in der Nähe.

Die „Times“ meldet aus Tokio, die Schlacht habe Sonnabend Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr begonnen.

Nach in Washington erhaltenen Informationen glaubt man, daß die in der Koreastraße gesunkenen Schiffe die Linien Schiffe „Dret“, „Drobino“ und drei Kreuzer seien, ferner ein Werk- schiff.

Der Russenbericht.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Schanghai vom 28. Mai: Von allen Seiten laufen Telegramme mit der Meldung von einer Seeschlacht zwischen der Insel Tsushima und der japanischen Küste ein. Es werden keine Einzelheiten gemeldet, doch lauten die Telegramme aus Tschifu für die Russen günstig. Es heißt, das Bladivostok-Geschwader habe an dem Kampfe teilge- nommen. Eine englische Firma in Schanghai empfing ein Tele- gramme aus Tokio mit der Meldung von einem Siege der Japaner, indessen glaubt niemand daran. (?) Die Stadt Schanghai befindet sich in äußerster Erregung. Alle Kriegsschiffe im Hafen haben sich geschicklich gemacht. Der Telegram nach Wulung ist seit gestern, unbekannt weshalb, unterbrochen. Viele Handelschiffe gehen in Erwartung der Ereignisse nicht in See.

Eine Geldentart vor der Schlacht.

Tokio, 28. Mai. Aufschobswendki hat am 21. Mai auf der Höhe von Formosa einen großen amerikanischen Dampfer, dessen Namen unbekannt ist, in Grund gebohrt. Die Mannschaft ist gerettet worden.

Einsturz eines Kirchturms. In Lecco bei Mailand ist während eines Gottesdienstes der Turm der Pfarrkirche eingestürzt. Derselbe zerfiel den Pfand der Kirche, wobei drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Verurteilung eines Anarchisten. Nach einer Depesche des „Daily Telegraph“ aus Newyork wurde der Urheber des am 11. Mai 1903 gegen den Cunarddampfer „Umbria“ im baltischen Hafen verübten Höllenmaschinenschlages, Gessler-Moskau, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt; der Verurteilte steht auch im Verdacht, den Anschlag gegen das Standbild Friedrichs des Großen in Washington verübt zu haben.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 29. Mai: Sozialdemokratischer Verein. Große öffentliche Volks- Versammlung, Abends 8 Uhr, im großen Saale. Referent: Reichstags- Abgeordneter Eduard Bernlein.

Zimmerer. Platz-Deputierten-Sitzung, Zimmer Nr. 2.

Dienstag, den 30. Mai: Metallarbeiter-Verband. Außerordentliche Mitglieder-Versam- lung im großen Saale. Abends 8 Uhr.

Mittwoch, den 31. Mai: Arbeiter-Radsport-Verein „Breslau“. Jeden Mit- tag: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 1. Juni (Himmelfahrtstag): Öffentliche Versammlung aller Arbeiter im Baubetriebe im großen Saale.

Vandier, Transport- und Verkehrsarbeiter. Bezirksführer- Sitzung, Abends 8 Uhr, Zimmer Nr. 1.

Schneider-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr, Zimmer Nr. 2.

Donnerstag, den 8. Juni: Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Mitglieder- Versammlung, Abends 8 Uhr, im großen Saale.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins: Distrikt I (Gräßhener Vorstadt).

Bezirk 2. Dienstag, den 30. Mai 1906, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft, Wahl eines Bezirksführers. Abblabend im besannten Lokal.

Distrikt XI (Odetor)

Bezirk 40, umfassend Weihenburger- und Wöhrerstraße, ist an Stelle des Genossen Mittels der Genosse Christoph als Bezirks- führer gewählt worden.

Mittwoch, den 31. Mai: Vorarbeit zur „Volkswacht“- Agitation, auch Abonnentenverrechnung. Eine recht rege Beteiligung erwartet.

Der Distriktsführer.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinziales“ und die „Korrespondenzen“: Frau Klüß; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“ Paul Göbe. Redaktion und Expedition: Neue Braun- straße 6/8. — Verlag von Oscar Schüss; — Druck von Th. Schayk G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Aus- gabeort: Breslau.

[Hierzu 1 Beilage]

5. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 26. Mai 1905.

8. Uffter Verhandlungstag.

Am Punkte Arbeits- oder Arbeiterkammern erhalten die Delegierten das Schlusswort:

Umbreit: Ich bedauere außerordentlich, daß Gues Referat mit persönlichen Polemiken unangenehmer Art gegen mich durchsetzt war. Was hat denn diese Frage der gesetzlichen Arbeitervertretungen mit Radikalismus und Revisionismus zu tun...

Korreferent Gue:

Die deutsche Arbeiterklasse hat sich leider mit dieser Frage der gesetzlichen Interessenvertretung nicht recht beschäftigt, sonst wäre es unendlich, daß Genosse Köhler von der Einflügeligkeit der Handelskammer spräche...

wie können doch nicht überall den Kollegen Cohen einschicken. (Große Heiterkeit.)

Nun zu Umbreit. An welche Adresse sich meine Verwahrung dagegen richtet, auf Grund irgend einer Kennzeichnung jemand in die radikale oder Revisionistenbrief einzuschicken, wird wohl jeder empfinden. Ich mußte in meinem Referat betonen, daß es sich nicht um eine prinzipielle, sondern nur um eine rein praktische Frage handelt...

Es folgt die namentliche Abstimmung.

Für Arbeitskammern stimmten geschlossen die Delegierten der Bäcker, Handlungsgesellen, Kupferbeschläge, des Metallarbeiter-Verbands, der Seiler und der Hülberwismüller; außerdem die Mehrheit der Delegierten der Schmiede und Minderheiten unter den Bergarbeitern (1), Bildhauer (1), Buchbinder (1), Buchdrucker (1), Fabrikarbeiter (2), Formstecher (1), Hafenarbeiter (1), Maurer (3), Schuhmacher (2), Stenografen (1), Textilarbeiter (6) und Zimmerer (1).

Der Kongress nimmt hierauf die redaktionell etwas geänderte Resolution über Genossenschaften und Gewerkschaften mit dem Zusatzantrag der Glaser und Transportarbeiter gegen 10 bis 15 Stimmen (v. Elm und andere) an.

Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik.

Referent ist Reichstagsabgeordneter Wömelburg: Das Thema ist im Auslande häufiger erörtert worden, als in Deutschland, aber auch bei uns ist seit dem vorigen Jahre darin eine Aenderung eingetreten. Die Frage des Generalstreiks, des vollständigen Massenstreiks, wird nicht bloß in der Presse und in Versammlungen erörtert, auch hier letzte sozialdemokratische Parteitag hat ihm einige Stunden gewidmet...

Es gibt ja jetzt eine ganze Anzahl von Streikarten, die ich gar nicht alle nennen kann. (Heiterkeit.) Da gibt es die Auffassung der Anarchisten, die Auffassung des Genossen Friedberg, die Auffassung der Holländer, der Franzosen, der Italiener, die Auffassung der internationalen Konferenz von Generalstreiks und alle unterscheiden sich untereinander.

Aus aller Welt.

Die gewaltige Würgung eines Mistwahres zeigte sich bei einem der Gewitter, die Ende voriger Woche in Treuenbrieten, Kreis Potsdam, niedergingen. Vor der Kapellfabrik stand eine alte Eiche, die vom Blitz getroffen wurde. Der etwa einen Meter hohe Stamm wurde vollständig zer splittert, die meterlangen starken Splitter aber bis 70 Meter über die Kapellgebäude geschleudert...

Der festsche Teufel. In Nassau ist nach langem, schwerem Weiden, im Alter von 48 Jahren, der Musikbireant des dort garnisonierenden preussischen Infanterieregiments v. Pülow (rhein.) Nr. 25 Amundus Schulz gestorben. Er war früher Kapellmeister der „Maitäfer“ in Berlin, wurde aber, weil er bei der Frühjahrsparade des Gardekorps Anno 1889 mit falschem Teufel beim Kaiser vorübergekommen war, zu dem genannten Infanterieregiment versetzt.

Familientragödie. Ein verheirateter Gattentöter und Selbstmörder ist in Schöneberg bei Berlin große Aufregung hervor. Dort verheiratete der 69 Jahre alte Rentier Julius Warnke, wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesaberrung, seine Frau zu vergiften und schloß dann auf sie und sich. Beide Gatten befanden sich schwer verletzt im Krankenhaus.

Ordnungslosigkeit. In Alsdorf bei Aachen ereignete sich in den Kaskanlagen in der Grube Anna eine Gasexplosion, wodurch sieben Arbeiter schwer verletzt wurden. Einer starb alsbald, ein zweiter auf dem Transport zum Hospital.

Prüfung für Gehmänner, die ihre Frau schlagen. Im Saale Region wurde ein Gesetz erlassen, wonach 1. der Mann, der seine Frau schlägt zur Prügelstrafe verurteilt werden muß, und zwar besteht die Höchststrafe aus zwanzig Schlägen mit dem Riemen.

Das Gesetz ist in der vorigen Woche zum ersten Male angewendet worden. Die beiden Schuldigen wurden in den Hof des Gefängnisses von Vorland geschleift, wo die Ausweiskung vor einem beschränkten Publikum stattfand. Frauen wurden nicht zugelassen. Ein kräftiger Gerichtsdiener verabschiedete den Verurteilten amangig starke Diebe auf den Rücken.

Was dem Arbeiter wahr, dem letzten Opfer des Pöblicher Prozesses, haben sich auch elf andere Insassen der Strafanstalt Waldheim am Königsgebirgsstraße die Tore des Zuchthauses geöffnet.

Das Ende des Bernhardners. Barry II, der berühmte Hund vom Hof des St. Bernhard, war seit einiger Zeit verschunden; man glaubte, er sei gestorben. Jetzt stellt sich heraus, daß das brave Tier bei Erfüllung seiner Pflicht durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist. Als am Ende der vorigen Woche drei Reisende den St. Bernhard von der italienischen Seite her besichtigten, verloren sie den Weg. Sie wären wahrscheinlich verunglückt, wenn sie nicht von Barry aufgefunden und auf den rechten Weg geleitet worden wären.

Ein einjüngiges Dampfboot fuhrt in jedem Jahre während der großen Frühjahrsfluten auf dem mächtigen Strom des Mississippi Verwendung, und zwar mit der einzigen Aufgabe, die durch diese Fluten herbeigeführten Schiffverhindernisse zu beseitigen. Es sind das namentlich Baumstämme, die der Fluß, wenn das Wasser sich verlaufen hat, auf den Ufern und an seinen Ufern absetzt und die schon manchen Schiff zum Stillstand gebracht haben. Ihre Zahl und ihre Größe sind so beträchtlich, daß man eben ein ganz besonderes Schiff zu ihrer Beseitigung hat erfinden und bauen müssen. Das erste Fahrzeug dieser Art ist der General Wright. Es besteht aus der Vorderseite einen doppelten Krump, sodas in der Mitte eine Öffnung entsteht, in der Baumstämme gefangen werden. Das Schiff mißt rund 50 Meter in der Länge und 30 Meter in der Breite. Getrieben wird es mit Dampfkräften, deren jedes seine besondere Maschine besitzt. Da die Stämme hauptsächlich aus sehr leichtem Wasser angelesen werden müssen, hat das Schiff einen Tiefgang von nur zwei Fuß; vier mächtige Kräne, die gleichfalls jeder einen besonderen Motor haben, dienen zur Hebung der Hindernisse. Der vorderste Krane trägt oben einen sehr starken hölzernen Hafen, der herabgelassen werden kann und die Baumstämme gewissermaßen harpunist, wenn man die Maschine rückwärts arbeiten läßt. Sind die Stämme sehr groß, so werden sie vor der Hebung geschnitten. Das das Fahrzeug eine schwere und langwierige Arbeit zu leisten hat, ist es mit trefflichen Wohnungen für die Offiziere und die Besatzung ausgestattet.

auch in manchen Versammlungen sich breit macht. Wenn nämlich einmal ein Streik nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endet, dann wird sofort von einer großen Niederlage geredet; ein größerer Unfug, ist nicht zu denken. (Lebhafte Zustimmung.) Wie oft schon ist von solchen großen Niederlagen gesprochen worden. So 1890 und 1891, wo es schon hieß, die Gewerkschaften seien ohnmächtig im Kampf gegen den Kapitalismus. Wie oft aber sind in Jahr nach einer solchen angeblichen Niederlage die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Haben das die Arbeitgeber aus gutem Herzen getan? Nein, aber sie wollten nicht zum zweiten Mal einen solchen „Sieg“ gewinnen. Wenn der Bergarbeiterstreik zu nichts weiterem führte, als zu einer starken, finanziell aut fundierten Organisation, so ist das allein schon ein ganz gewaltiger Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun kommen Leute und sagen, sehr ihr, so könnt ihr nichts erreichen, ihr müßt eine ganz andere Taktik einschlagen. Wenn die Arbeiter einer Gewerkschaft nicht siegen können, so sollen andere Arbeiterkategorien die gesamte Produktion lahm legen, um so auf die Unternehmer und die Staats- und Gemeindebehörden und alle Kräfte des Publikums einen starken moralischen und materiellen Druck auszuüben. Aber sollten zum Beispiel beim Bergarbeiterstreik die Solidaritätsstreiks wirken, so hätten nicht nur alle deutschen Bergarbeiter, sondern auch die belgischen, englischen und russischen Bergarbeiter in den Streik treten müssen. Hätte das wohl die Chancen des Ausstaudes verbessert? Beispiele für derartige umfassende Sympathiestreiks haben wir nicht. In Spanien soll einmal zur Unterstützung eines Bergarbeiterstreiks die Arbeiterschaft eines ganzen Ortes in den Ausstaud getreten sein und binnen wenigen Tagen gestreikt haben. Derartige „Sieg“ haben wir in Deutschland auch bei Forderungen unorganisiert gehandelt. Aber dann frant es sich noch, ob bei den viel schwächeren Klagenangehörigen in Deutschland durch solche Sympathiestreiks die Kampfs nicht noch viel schärfer werden würden. An ihrem „Generalstreik“ laborieren die Glasarbeiter noch heute und wahrscheinlich noch ein Jahrzehn. Die meist betroffenen Flaschenarbeiter sind noch heute fast vollkommen der Organisation verloren. Gemüß ruft die Arbeiterschaft im Kampfe, wenn sie nicht anders mehr siegen kann, nach allen Seiten um Hilfe. Aber der ihnen predigt, daß diese Hilfe durch Sympathiestreiks möglich ist, der versteht nichts von praktischem Leben oder glaubt an den anarchischen Generalstreik, der die soziale Frage im Handumdrehen lösen soll.

Wir erklärte aus diesem Gebanlenange heraus der Vorrede der holländischen Gewerkschaften, keine Organisation sei viel besser als unsere, denn sie sei klein, aber bestehe aus freien Persönlichkeiten und selbstbewußten Genossen, die einst alle anderen nicht sich fortziehen können. So ist in den letzten Tagen den Redaktionen ein Buch zurangangen „Der soziale Generalstreik“ von Reinhold Koller. Da wird das anarchische Konzept der Generalstreiks aus-ein-andergelegt: „Erst streiken die Eisenbahnarbeiter. Ich bezweifle, daß die deutschen Eisenbahner die ersten zum Generalstreik sein werden. Danach die Bergarbeiter. Die sieben Bäcker und Fleischer nach sich. Dann läßt der Generalstreik zum ersten Male die herrschende Klasse das entsetzliche Gespenst des Hungers vernehmen und fliehen. (Große Heiterkeit.) Nun ist es ja erheblich leichter mit dem Produzieren aufzuhören als mit dem Konsumieren. (Heiterkeit.) Aber Koller löst die Frage, die bisher nur die Wohlgeüllte beantwortet konnte, konsumieren, ohne zu produzieren. (Heiterkeit.) Die Bäcker- und Fleischerläden werden geplündert. (Heiterkeit.) Wenn man daneben noch ein paar Telegraphenbrände abschnidet und Eisenbahnstationen zerstört, so müssen sich die Truppen in kleine Gruppen auflösen, werden machtlos und... das Proletariat hat geiztet — die soziale Frage ist gelöst. (Stürmische Heiterkeit.) Da wundere ich mich nur, daß wir, die doch auch das ABC der Arbeiterbewegung gelernt haben, nicht längst schon die soziale Frage gelöst haben. (Heiterkeit.) Aber die Protaganda so un sinniger Ideen im Proletariat ist recht gefährlich, weil sie von dem langsam Vorwärtsschreiten ablenkt, mit dem wir allmählich das Ziel der Arbeiterbewegung erreichen. Deshalb bedauere ich, daß, im Gegensatz zu den früheren Beschlüssen der internationalen Konferenz von Zürich und London, der Amsterdamer Kongress den ausgedehnten Streik in einzelnen wichtigen Betriebszweigen als das äußerste Mittel anerkannt hat, um bedeutende wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Anschlügen auf die Volkswirtschaft zu widersetzen. Ich sehe darin nur eine sehr bedauerliche Konzession an den Generalstreik. Kaum irgend wo anders haben sich die Klassenverhältnisse so angeht, als in Hamburg. Die Reaktion ist sehr stark und ich bin überzeugt, die Reaktion wird siegen, aber der politische Massenstreik würde nur dazu führen, daß die Senatsvorlage eine noch ärößere Majorität fände. (Anruf: Hab noch schneller angenommen würde. Zustimmung.) Genosse Wienthal in Berlin rief ja den Massenstreik an, weil die Polizei das Streikpostenwesen hindert. (Stürmische Heiterkeit.) Tadel! Haupt es sich doch viel hübscher,

Wozu die anderen Kinder da sind. Die Schweizer Lehrerzeitung veröffentlicht folgenden Brief: „Gedreht Herr V. I. Indem das Sie meiner Tochter Annette eine gänzlich unschuldige Diefelge gegeben haben, und dazu noch auf den Kopf, verbiete ich Ihnen ganz ergeben, daß mir das nicht wieder vorkommt. Wenn Sie durchaus hauen müssen, dazu sind die anderen Kinder da, nicht meine Annette. Achtungsvoll K.“

Der rechte Dieb. Vor etwa 8 Jahren kam einem jungen Manne zu Birmingham eine goldene Uhr nebst Kette, sowie eine Damenuhel abhandeln, ohne daß damals der Verbleib der Sachen ermittelt werden konnte. Manmehr wurde, nach dem Wicmal „Ang“ im Hausgang des Hauses, in dem der Verlohrne früher wohnte, die Uhr gefunden. In dem Diefel beand sich ein Zahnmarkstück. Wahrscheinlich hat der Dieb keine bekommen und die Uhr nebst einer Verpachtung für den Gebrauch auf diese Weise wieder in den Besitz des früheren Eigentümers bringen wollen.

Litteratur.

Religion ist Privatsache. Erläuterung zu Punkt 16 des Erklärtes Programms. So betitelt sich eine vom Genossen Fr. Stamm verfasste Broschüre, die soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen ist. Die Schrift behandelt in drei Abschnitten Fragen der allgemeinen Weltanschauung, der Sittenlehre und Politik.

Wie der Verfasser wiederholt betont, handelt es sich bei ihm nicht darum, unfehlbare Wahrheiten zu verkünden, sondern vielmehr darum, den Leser zu eigenem Nachdenken und selbständiger Prüfung anzuregen.

Die Broschüre kostet 20 Pfr. und ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben.

Kommunale Praxis. Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. A. S. u. K. u. M. Die Artikel der jetzt ausgegebenen Nummer 10 beschäftigen sich vorwiegend mit den städtischen Beamten- und Arbeiterfragen. Das vorliegende Material wird überhörtlich dargestellt und kritisch gewürdigt. Jeder arbeitervreundliche Gemeindevorteiler wird daraus viel Anregung schöpfen können. Scharf aber gerecht beurteilt D. Kiewski die arbeitervreundliche Stadt Frankfurt. Der Notizteil der Zeitschrift enthält eine Fülle von Dringlichkeiträgen aus den Gemeinden aller deutschen Landesteile. Auch sie wird kein Gemeindevorteiler ohne eine Vereinerung seines Wissens durchstudieren. Die Kommunale Praxis erscheint monatlich zweimal und kostet im Vierteljahr nur 2 Mark. Probenummern kostenlos vom Verlag der Kommunalen Praxis, Berlin W 15.

Hinweis auf den Verband und zum Schluss erklärt der Angeklagte sich zur Entgegennahme von Annehmungen bereit.

Alles, was er anspricht, steht unter dem Gesichtspunkte, daß er eine Organisation für notwendig hält. Er beschäftigt sich 1. mit der Notwendigkeit der Organisation, 2. mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und 3. mit der rechtlichen Stellung des Arbeiters.

Der Angeklagte und auch ich glauben, daß der Verband zu der Verbesserung der Lebensbedingungen ein geeignetes Mittel ist. Der Prozeß ist nicht eine Exekutive zur Rechtfertigung der Sozialpolitik der Saarbrücker Bezirksverwaltung, sondern es kommt darauf an, ob der Angeklagte die Bezirksverwaltung beleidigt hat. Sind die von ihm behaupteten Tatsachen wahr und liegt darin eine Beleidigung der Behörde? Was die Kohlenfrage betrifft, so wird diese in dem Flugblatte einmal nach der Statistik und dann auf Grund persönlicher Erfahrungen behandelt. Der Angeklagte hat sein Urteil über die Lebenshaltung der Vergleite

auf die Bekundungen der Geistlichen

im Rechen-Prozeß aufgeführt, die mir auch das Richtige zu treffen scheinen. Was die Sparsparlagen betrifft, so bin ich keiner jener Volksgläubiger, die gegen das Sparen sind, wenn es nicht auf Kosten der Gesundheit und der geistigen Fortbildung geschieht. Das Gutachten des Herrn Bodelius kann nicht ausschlaggebend sein, da es nur aus allgemeinen Urteilen besteht. Er sieht die Leute nur, wenn er einmal zu einer Hochzeit oder zu einer anderen Gelegenheit geladen wird. Wenn das Flugblatt behauptet, daß die Lehramter vieler tausend Vergleite aus Brot, Käse und magersten Kartoffeln besteht, so behauptet er nicht, daß das die Wahrheit ist, sondern nur eine heftige Meinung. Selbst wenn gesagt wird, die Vergleite hätten mehr im Überflusse, wo steht darin ein Vorwurf, daß sie wider besseres Wissen nicht mehr getan hat? Wenn die Vergleite mehr haben wollen, nehmen wir an, es wäre dies eine unmögliche, ja eine unvernünftige Forderung. Das ist aber doch immer noch keine Beleidigung der Bezirksverwaltung. Was 1891 bei geringerer Produktion gezahlt werden konnte, sollte doch auch 1902 gezahlt werden können. Ob es gut und angemessen ist, ist eine andere Frage. Hier handelt es sich darum, daß es Beamte gegeben, die nicht mehr haben, wie die Vergleite. Gewiß, aber gegen den Beamten kann nur das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Dem Bergmann wird entweder in 14 Tagen gekündigt oder er wird auf eine andere Arbeit verlegt. Heute verdient er 5 Mk., morgen kommt er in die Notte und hat dann nur 2 bis 2,50 Mk., oder er muß sich nach einer anderen Existenz umsehen. Daß die Vergleite immer wieder zurück zu der Grube kommen wollen, ist sehr zu begreifen. Niemand wechselt gerne seinen Beruf. Jeder Schuster oder Schneidergehilfe aber hat schneller Arbeit, wie der Bergmann. Vergleite ist auch, daß die Vergleite ihre Söhne zur Grube schicken, dann sie verdienen dort gleich Geld. Das alles aber beweist nicht, daß eine Verbesserung der Verhältnisse nicht möglich ist.

Was die Anklage betrifft, so hat der Angeklagte nicht behauptet, Saarbrücken sei die höchste Unfallkassen auf, sondern die Unfallkassen des Saarlandes gehören mit zu den höchsten. Der Ausdruck „Arbeiterermüdung“ als Grund für die vielen Unfälle bezieht sich einmal allerdings auf die physische Schwäche, dann aber auch auf die Charakterchwäche. Der Angeklagte wird in der gesundheitlicher Beziehung belehrt und fernerhin wird er kaum das besser wie alle Verfassungen der Bezirksverwaltung, gegen die der Arbeiter doch immer ein gewisses Mißtrauen hat.

Der Verband wirkt erzieherisch.

Er weckt und hebt, das Solidaritätsgefühl und befestigt den Egoismus. Nur künstlich kann man in die Ausführungen des Flugblattes den Vorwurf hineinbringen, der Angeklagte habe wissentlich und absichtlich pflichtwidrig gehandelt. Der Angeklagte soll ferner beleidigt haben, als er von einem System der Entziehung sprach. Er hat damit Steiger und Obersteiger gemeint, die sich umbehalt Rechte angemacht haben. Unter System ist hier nicht eine planmäßig durchgeführte Gebankensweise gemeint, sondern das Wort ist in dem Sinne zu verstehen, wie es in der Wissenschaft ein Verstand und ein Knochensystem gibt. In allem, was wir gebietet haben, lebt ein Geist. Manches mag Herr Hilger mißbilligt haben, aber er hat vergessen,

daß es Geist von seinem Geist war.

Wie in einem Organismus eine Zelle unabhängig ist von der anderen und doch zum Organismus gehört, so bildet auch hier das System einen Organismus, einen aus vielen Einzelheiten zusammengesetzten Tatbestand. Die Mißachtung besteht hauptsächlich in der Verachtung der politischen Rechte der Vergleite. Wenn nicht alles bewiesen werden kann, so liegt das in der Beschränkung der Gemeindefunktionen. Jetzt kann sich der Handelsminister nicht im Landtag hinstellen und sagen: Die Gewerkschaft hat sich in dem weitesten Rahmen abgelehnt. Für mich ist es förmlich, daß in Deutschland ohne das Zentrum nichts geschieht und hier in dem katholischen Land wird das Zentrum behandelt, wie vor zehn Jahren die Sozialdemokratie. Offen sage ich, einige Steiger haben einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht,

sie haben bewacht mit der Wahrheit zurückgehalten.

Die beiden Wahlkreise Ottweiler und Saarbrücken sind seit jeder die Schwerkriegsänder des geheimen Wahlrechts. Immer sind dieselben Klagen laut geworden. Zuletzt ist die Wahl von Volkstafel worden. Dieser Wahlverstoß ist ein amtlicher, das geht schon daraus hervor, daß man die Gemeindefunktionen zur Anklage verlegt hat. Ich erinnere an die ständische Verfassung, die die offenkundige Geseßverletzung war.

Um 9 Uhr Abends wurden die Verhandlungen geschlossen.

Das Urteil gegen Krämmer lautet im scharfen Kontrast zu dem Urteil der Saarbrücker Strafkammer auf 200 Mark Geldstrafe! Seine Verteidigung ist folgende: Das Gericht billigte Krämmer den Schutz des § 193 in vollem Umfange zu und sprach ihm auch nicht den guten Glauben bezüglich der behaupteten Tatsachen ab, erbielte jedoch in den Bemerkungen von systematischer Arbeiter-Entziehung die Absicht der Beleidigung. Der Nachweis für systematische Wahlentziehung ist nicht erbracht, wohl aber für Wahlbeeinflussung, besonders durch Unterbeamte. Die Anstellungen in den Flugblättern über schlechte Lebenshaltung der Vergleite seien unhaltbar, aber auch hier sei für den Angeklagten der gute Glaube angenommen.

In Saarbrücken waren 6 Monate Gefängnis beantragt und auf 3 Monate wurde erkannt; jetzt endet der Miesenprozeß mit 200 Mark Geldstrafe. Herr Hilger aber zieht stolz nach Hause!

Die Geheimnisse von Pflöhensee.

Klaus des 9. Verhandlungstages.

Ein Kaufmann Sigismund Schneider, der im Jahre 1901 bis 1902 in Pflöhensee war, bezeugt, daß er Anfang Oktober einmal

fünf Tage strengen Arrests

wegen angeblicher Gehörlosmachungsleistung erhalten habe. Ich fühlte mich unfähig, die Arreststrafe anzunehmen, da durch einen früheren Einzug eine periodische Schwellung meiner Hüfte eintrat. Ich meldete mich bei dem Med. Rat Pflöhensee an, mußte aber trotzdem die Arreststrafe annehmen. In der Arrestzelle wurde mir des Morgens auf kurze Zeit beige. Die letzte Zeit des Tages war eine richtige kalte Winterzeit in der Zelle, daß ich wiederholt sagte: „Woh! Deibel, ist das kalt.“ Ich fühlte mich schrecklich und fühlte mich selbst, wenn der Zementfußboden zu eilig kalte wurde, auf meine Füße. Ich hatte nur einen leichten Drillsack an und bekam nur eine Decke. Erst als Herr Gefängnisdirektor v. Miesen am dritten Tage in meine Zelle kam, zeigte ich ihm meine geschwollenen Füße und erhielt nunmehr noch zwei Decken

die wohl zu anders ausgerüstet und mitunter auch ziemlich schön waren.

Während der Oberaufsicht Galt aus Pflöhensee erkrankte, als Stollroß ins Lazarett kam, habe er nicht bald verknüpft ausgelesen, bezog der russische Franzose M., daß Stollroß im Lazarett nur wie Haut und Knochen war.

Der Zeuge, der mehrmals Arreststrafen gehabt hat, schildert die Arrestzellen als uah und kalt, gehetzt wurden sie zwar, aber des Nachts laufen die Arrestanten, denen das Bettlager entzogen war, in der Zelle auf und ab, um sich zu erwärmen. Galt, der die Arrestanten ein Bettlager, so war es erträglicher, aber die Decke, die sie erhielten, war doch sehr dünn. Nach war es sogar in den gewöhnlichen Zellen, in der feinsten war die Wand so nah, daß sogar sein Spind aus dem Zelle ging.

Auf Befragen des R. M. Dr. Liebknecht erklärte der Zeuge, daß er während seines Arrests im März einen Drillsack angezogen als Bettdecke hatte. Das Lager in der Arrestzelle bestand nur aus Matratze, einem Kissen und einer Decke, die in einem Wäschebrett steckte. Die Decke wurde hin und wieder ausgeklippt. Der Bezug wurde alle vier Wochen gewaschen.

Gefängnisrat Bär erklärt dazu, daß die durch diese Behandlung herbeigeführte Entziehung der Wärme bei Arrestanten eine unabweisliche Begleiterscheinung sei und betont, daß er die Leute sich immer wieder habe vorführen lassen, um etwaige schädliche Einwirkungen des Arrests auf die Gesundheit der Arrestanten sich nicht entgehen zu lassen. Am liebsten drohen gesundheitliche Schädigungen jedem Gefangenen, denn jeder, der sich Gefängnisstrafen zuziehe, begehe einen chronischen Selbstmord.

R. M. Dr. Liebknecht bietet den Zeugen Schmeißer befragen zu dürfen, ob in dem Arrestlokal eine besondere Zelle vorhanden sei, welche unter den Gefangenen „Löwenkäfig“ oder „Löwenzinger“ genannt wird. Zeuge Sch. erklärt, daß in dem Keller eine ganz kleine Zelle vorhanden sei. Die Zelle sei nach der Tür und dem Fenster zu von einer Art Kalkstein umgeben, so daß nur sehr wenig Raum zur Bewegung vorhanden sei.

Erster Staatsanwalt Schönian teilt mit, daß diese Zelle nur für ganz geringfügige Straftaten eingerichtet sei. Das Gitter sei nur deshalb vorhanden, damit der Gefangene nicht auf den eintretenden Aufseher eindringen oder das Fenster demolieren könne. Gefängnisdirektor Sauer bestätigt dies.

Der vor der Verteidigung geladene Kaufmann Kreißler ist von Februar bis August 1903 in Pflöhensee gewesen. Er hat wiederholt Kranke nach dem Lazarett getragen. Einmal habe er einen anscheinend schwerkranken Gefangenen, der neu eingeliefert war, gesehen, wie dieser

drei Stunden auf einer Steintrappe

sitzen mußte, bis er vor Schwäche wankte. Er hat sodann den Kranken auf den Armen in das Lazarett geschafft.

Der nächste Zeuge Joachim Schulze hat in der Zeit von 1878 bis 1901, also insgesamt 13 Jahre, in Pflöhensee gearbeitet. Er bezeugt einige Fälle der Ueberführung von Gefangenen ins Lazarett, in welchen diese von einem Mann auf den Buckel genommen und unter Aufsicht eines oder mehrerer anderer ins Lazarett getragen wurden. In einem solchen Falle hatte der Zeuge selbst tragen geholfen und der Verletzte, ein alter Mann, hat sich für die humane Art des Transportes noch bedankt. In anderen Fällen sei der Kranke, seiner Meinung nach, in unzulässiger Weise angepackt worden. Auf eine Frage der Verteidigung erklärt der Zeuge, daß er auch im Arrest war und einmal 2 Wochen strengen Arrest durchgemacht habe. Nach Verbüßung dieser Strafe sei er so schwach gewesen, daß er, als er seine Arbeit an der Drehschank wieder aufnehmen

zusammenbrach und unter der Drehschank liegen blieb.

Er hat den Aufseher, ihm doch etwas zu essen zu bringen, da er zu schwach sei und habe schließlich noch kräftigere Nachkost angefordert bekommen.

Nach einzelnen dieser Zeugnisaussagen kam es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden darüber, ob Kräfte, die nicht den Fall Stollroß direkt betreffen, sondern allgemeiner Natur sind, zugelassen sind oder nicht. Es wird wiederholt Gerichtsbeschlüsse verlangt und dieser fällt wiederholt zu Ununten der Verteidigung aus. Unter diesen Fragen befand sich auch eine des R. M. Liebknecht, ob es auch vorgekommen sei, daß Kranke

Nichtkranke nach in die Zelle gebracht

worden seien. Diese Frage wurde von einem Zeugen bejaht.

Angekl. Schneider: Ich habe eine Erklärung abgegeben in Bezug auf eine Beleidigung, die mir im Gerichts-Saale durch einen Richter zugefügt ist. Der Vorsitzende weist eine solche Erklärung zurück. — Angekl. Schneider: Dann beantrage ich, daß ich in Zahlung genommen werde gegen eine Beleidigung, die mir, wenn ich sie gegen einen preussischen Richter ausspreche, sechs Monate Gefängnis eintragen würde. Der vierte Herr Richter hat sich geäußert, daß ich fortwährend nach mehreren Zeugen hinterbühlerisch und perfid. Das ist eine verächtliche Ehrenkränkung, die sich ein preussischer Richter wahrscheinlich nicht gefallen lassen würde.

Nach Eröffnung der Sonabend-Verhandlung überreichte der Erste Staatsanwalt Schönian das Totenbuch der Strafanstalt Pflöhensee. In diesem Buche ist eine Darstellung jener Obduktion enthalten, über die gestern der Zeuge St. so sensationelle Angaben machte. Es stellte sich dabei heraus, daß dem Zeugen St. erhebliche Arrestmerkmale unterlaufen sind. Dr. Pflöger gibt zu der Darstellung im Totenbuch eine Reihe ergänzender Erklärungen ab und wendet sich dann an die medizinischen Sachverständigen mit der Frage, ob sie nicht anerkennen müßten, daß er fortgesetzt verkränkt sei.

R. M. Dr. Löwenstein gibt darauf im Namen der Verteidigung die Erklärung ab, es sei nach Ansicht der Verteidigung erwiesen, daß der von dem Zeugen St. gegen Dr. Pflöger erhobene Vorwurf der Protokollfälschung unhaltbar sei. Zeuge St. wird darauf entlassen.

Direktor Sauer legt nun eine große Anzahl von Kleidungsstücken und Decken aus den Beständen des Gefängnisses vor. Die Gegenstände werden auf dem Beugentische ausgebreitet und der Gerichtshof, die Angeklagten, Verteidiger und Sachverständigen befragt jedes einzelne Stück auf das genaueste.

Hierauf wird Medizinalrat Dr. König ausgerufen und als Sachverständiger vereidigt. — R. M. Dr. Liebknecht bittet, einige Fragen allgemeiner Natur an den Sachverständigen richten zu dürfen, namentlich über die Ernährung in Pflöhensee. Der Vorsitzende lehnt dies nach Einholung eines Gerichtsbeschlusses ab.

Medizinalrat Dr. König erklärt nunmehr zum Falle Stollroß: Nach allem, was ich gehört habe, sei die von dem Herrn Dr. Bär und Dr. Pflöger gestellte Diagnose richtig. Stollroß habe wahrscheinlich an einer Pflöhensee-Erkrankung gelitten. Es sei möglich, daß

die Geisteskrankheit des Stollroß seit längerer Zeit gemäßigtermaßen latent

gewesen und im Gefängnis zum Ausbruch gelangt sei, doch könne er diese Möglichkeit Beweis nicht beibringen. Mancher Pflöhensee würde vielleicht, durch die fortwährende Arbeit vorwiegiger des Stollroß, veranlaßt worden sein, den Stollroß fortgesetzt im Auge zu behalten. Auf Fragen des Verteidigers Dr. Liebknecht erklärt Medizinalrat Dr. König weiter: Wenn ihm die Entscheidung zugestanden hätte, ob Stollroß in Isolierhaft sitzen dürfte, würde er gesagt haben, vorläufig ja, er behalte sich aber vor, jederzeit die Isolierhaft zwecks genauer Beobachtung des Stollroß zu unterbrechen.

Sachverständiger Medizinalrat Dr. König: Die Isolierhaft hat unbestreitbar sehr häufig einen schädlichen Einfluß auf die Gefangenen. Sie bekommen das, was man gewöhnlich

den „Zurthauskrank“

nennt. Das ist häufig der schlimme Einfluß der Isolierhaft. Auf weitere Fragen der Verteidigung erklärt der Sachverständige: Wenn man vorher weiß, daß es sich um einen Geisteskranken handelt, wird die Einspernung in Isolierhaft ein Fehler sein.

Der Vorsitzende und die Verteidiger.

Eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Liebknecht an den Sachverständigen geht dahin, ob diese Einrichtungs, nach der man bei Ueberführung eines Gefangenen in das Gefängnis nichts von den Beobachtungen im Untersuchungsgefängnis erfährt, nicht reformbedürftig sei.

Der Vorsitzende will auch diese Frage aus den schon früher entwickelten Gründen als nicht zur Sache gebringbar ablehnen, da jetzt der Fall Stollroß verhandelt werde, und solche allgemeinen Erörterungen über etwaige Reformen nicht angebracht seien. Es erhebt sich darüber wieder eine längere Diskussion zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung.

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: Ich bitte doch, wirklich die Verhandlung nicht an einer Erörterung privater Angelegenheiten des Medizinalrats Dr. Bär und Dr. Pflöger an machen, sondern eine allgemeine Kritik zuzulassen. Der jetzige Zustand ist um so unerträglich, da ja bei Beginn der Verhandlung der Vorsitzende vier Tage lang allgemeine Zustände erörtert hat.

Vorsitzender: Wir sind, wie ich wiederhole, jetzt beim Falle Stollroß.

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: Wir können doch nicht aus jedem einzelnen Falle alles, was sich auf das Allgemeine bezieht, ausschneiden und bis zum Schluß aufsparen, denn das würde ein Sammelurteil werden, aus dem man nicht mehr herauskommt. Ich muß darauf bestehen, daß an dieser Stelle, wo es sich darum handelt, ob gegenüber Stollroß ein Fehler begangen ist, auch auf allgemeine Mißstände hingewiesen wird.

Erster Staatsanwalt Schönian: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Der Antrag bezieht sich nicht auf den Fall Stollroß, sondern will Kritik über ein Maßnahme der Justizverwaltung.

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: Dieser Widerspruch ist gar nicht verständlich, da die Anklagebeschrift alle diese Verhältnisse auf das eingehendste in den Kreis ihrer Erörterungen hincinzieht.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragt Gerichtsbeschlüsse und Protokollierung des Vorganges.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Nach meiner Meinung muß das Protokoll solche Fragen zulassen. In dem Artikel sind Mißstände im Gefängniswesen im allgemeinen und in Pflöhensee im besonderen erörtert und teilweise sogar subjektive Bemerkungen erhoben worden. Wir müssen eine objektive Unterlage für die behaupteten Mißstände haben, die auch für das etwaige Strafmaß von Bedeutung wäre. Wir erheben alle die Mißstände und man sollte doch nicht jede einzelne Frage an einer Rabinetsfrage machen.

Nach längerer Beratung verhandelt der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts dahin:

Die Frage wird abgelehnt.

da sie mit dem Gegenstande der Verhandlung in keiner Beziehung steht. Ich habe auch namens des Gerichtshofes die Verteidiger darauf hinzuweisen, daß, falls sie in der vorliegenden Richtung, mißgünstig der wiederholt festgestellten Auffassung des Gerichts fortzuführen, diesem Gerichtsbeschlüsse immer von neuem entgegen zu arbeiten, daß Gericht hierin eine Mißachtung des Gerichts erlitten würde (Fortsetzung folgt.)

lokales und Provinziales.

Breslau, den 29. Mai

Schlesische Ortskrankenkassen.

Im „Gewerkschaftshaus“ hielt gestern die Freie Versammlung der Ortskrankenkassen für Schlesien ihre Jahresversammlung ab. In derselben wurde zunächst ein Ueberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr gegeben und mitgeteilt, daß der Vereinigung 22 Ortskrankenkassen in Breslau und 34 in der Provinz angeschlossen sind. Diese Kassen repräsentieren eine Mitgliederzahl von 94.750. Vertreten waren in der Versammlung 29 Kassen durch 49 Delegierte.

Nachdem auch der Klassenbericht erstattet worden, hielt Redakteur K. L. H. ein einleitendes Referat über die Bestrebungen auf Vereinheitlichung der Arbeiter-Versicherung. Er führte dazu etwa folgendes aus:

Seit Jahren schon machen sich Stimmen bemerkbar, die eine Verschmelzung der drei Zweige der Arbeiterversicherung anstreben. Diese Stimmen mehren sich, seit in den bürgerlich-politischen Kreisen der Hoffen in Bezug auf die Krankenversicherung erwacht hat. Man will die Krankenversicherungen, ohne es direkt einzusetzen und deshalb operiert man mit dem Vorhaben, die Invaliden- und die Krankenversicherung zunächst, dann aber auch die beiden mit der Unfallversicherung zu verschmelzen. Der Vorsitzende der Freie Idee ist der Reichard Freund, der es zu der Stellung des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin gemacht hat. Er reist seit Jahren diese Idee als sein Stiefkind. Er schlägt vor, die gesamte Kranken- und Invalidenversicherung der Landesversicherungsanstalten zu übertragen. Diese sollen örtliche Hilfsorgane, sogenannte Arbeiterversicherungsämter, erhalten, welche den Verkehr mit den Versicherungsvereinen sollen. Diese Arbeiterversicherungsämter sollen einen „höheren Beamten“, also einen Juristen, als Vorsitzenden erhalten, während die Arbeiter und die Arbeitgeber zu gleichen Teilen an der Verwaltung mitwirken sollen. Jedoch soll die Wahl der Beamten nicht direkt durch die Arbeitgeber und Versicherer, sondern durch den Ausschuß der Landesversicherungsanstalten erfolgen. Die Arbeiterversicherungsämter sollen die untergeordneten Arbeiten verrichten: Krankenscheine ausstellen, Krankengeld auszahlen, nötige Krankenhäuserüberweisungen vornehmen u. d. d. d. Die Vorsitzenden dieser „ämter“ sollen nur im Falle von Beschwerden und zur gelegentlichen Kontrolle herangezogen werden. Die Landesversicherungsanstalt soll alle wesentlichen Verwaltungs-Geschäfte übernehmen: Anstellung von Beamten, Abschluß von Verträgen mit Apotheker-Verträgen u. d. d. d. Der Ausschuß soll auch nur pro forma mitwirken. Die eigentliche Arbeit sollen die Beamten machen, die natürlich nicht mehr aus dem Vorstande, sondern vorzugsweise aus dem Unteroffizierskorps bezogen werden, wie es heute schon bei den Landesversicherungsanstalten der Fall ist. Dem freundlichen Vorsitzende schließt der Reichard Freund an, daß die Verschmelzung aufgestellt hat. Nach diesem sollen die „Wohlfahrtsämter“ dem Unterbau bilden, welche einen von der Landeszentrale — etwa dem Oberpräsidenten — ernannten Vorsitzenden und je 4 Mitglieder aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten haben. Diese Beamten sollen von der nach der Verhältnismäßig gewählten Generalversammlung der Wohlfahrtsämter ebenfalls nach dem Proporz gewählt werden. Für die Wohlfahrtsämter hat Dittmann auch schon eine Art Geschäftsordnung entworfen, indem er erstens dem — beamteten — Vorsitzenden die Erledigung der laufenden Geschäfte, den Beamten nur gelegentliche Entscheidungen übertragen will. Sollten sich die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschlossen gegenüberstellen, dann solle der Vorstand der Landesversicherungsanstalt die Entscheidung fällen, um den Vorstehenden nicht in schwere Konflikte mit den Beamten kommen zu lassen. Die Vertragsübernahme soll nach den beiden Vorstehenden durch die lokale Verwaltungsstelle einheitlich für beide Versicherungsarten erfolgen. Freund will alle Gelder durch die Landesversicherungsanstalt verwaltet lassen. Dittmann will den Wohlfahrtsämtern 50 Prozent überlassen u. außerdem gestatten, daß für bestimmte Kreise gegen Zuschlagsbeiträge auch erbliche Rentenlisten emittiert werden.

Solche Projektwörter sind ein ungeschicktes Stadium einzuzeichnen, da die Reichard Freund durch den Reichard Freund ihre Freiwilligkeit zur gründlichen Reform der Arbeiterversicherung erklären lassen. Unter diesen Umständen haben die Krankenversicherungsämter, den Mänteln nachzugeben und auf die weitere Gestaltung der Dinge Obacht zu geben. Der Reichard Freund hat dem Reichard, daß die Freund-Dittmannschen und alle ähnlichen

